

3055/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3094/J betreffend slowakische Handelshemmnisse, welche die Abgeordneten Haigermoser, Mag. Stadler und Kollegen am 9. Oktober 1997 an mich richteten und aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigelegt ist, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

Der von Ihnen dargestellte Sachverhalt, demzufolge Waren bei der Einfuhr in die Slowakei einer Zertifizierungspflicht unterliegen, ist mir bekannt. Es handelt sich dabei nicht um eine neue Bestimmung, sondern um eine am 16. September 1997 eingeführte Kontrolle, wonach ein Zertifikat bereits an der Grenze bei der Einfuhr mitzuführen ist.

Antwort zu Punkt 2 der Anfrage:

Auf Grund der schlechten Zahlungssituation im Land sowie zur Vermeidung einer weiteren Verschlechterung dieser Situation hat sich die Slowakei zu dieser Vorgangsweise entschlossen.

Antwort zu den Punkten 3 und 4 der Anfrage:

Maßnahmen und Initiativen seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten wurden insofern gesetzt, als sowohl auf bilateraler als auch auf EU-Ebene eine Beendigung dieser Ausweitung der Zertifizierungspflicht verlangt wurde. In einem Interventionsschreiben an meinen slowakischen Amtskollegen Cesnek habe ich um Lösung dieses Problems bezüglich des bilateralen Warenverkehrs ersucht. Als unmittelbare Reaktion bekam ich ein Antwortschreiben vom slowakischen Wirtschaftsminister Cesnek, womit diese Maßnahme eine wesentliche Abschwächung erfahren hat. Beim Import von Waren, die als Rohstoff, Hilfsmittel und Halbfertigwaren zwecks Verarbeitung in der Produktion oder für den Eigenbedarf des Importeurs eingeführt werden, entfällt die Pflicht der Mitführung eines Zertifikats an der Grenze. Diese Reaktion beinhaltet eine wesentliche Entschärfung, das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten wird jedoch gegebenen falls einerseits auf nationaler Ebene Druck im Hinblick auf die guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, andererseits auf gemeinschaftlicher Ebene Druck im Hinblick auf die Beitrittsbemühungen der Slowakei zur EU ausüben.

Desweiteren wird auch eine Einbringung in den Assoziationsrat mit der Slowakei, der auf Ministerebene stattfindet, ins Auge gefaßt.

Antwort zu den Punkten 5 und 6 der Anfrage:

Natürlich handelt es sich um technische Handelshemmnisse, welche einerseits Verzögerungen und Behinderungen im Warenverkehr, andererseits zusätzliche Kosten verursachen und mit dem Europaabkommen unvereinbar sind.